



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

🔍: Politische Briefe : 2. Die bevorstehende Reichstagsession.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Briefe.

2. Die bevorstehende Reichstagsession. *)



itten in Unglimpf und Gehässigkeit, welche die deutsche Tagespresse anfüllen, haben die „Politischen Briefe“ nach einer Dase würdiger und wirklicher Diskussion gestrebt, von der sie die Zusammenhänge der nationalen und auswärtigen Politik erkennbar zu machen bemüht waren, denen die inneren Fragen unterworfen bleiben. Man hat dies Streben damit gelohnt, daß man, wie in einem rohen Karnevalsgetümmel, der ruhigen Maske die Hülle abzureißen suchte.

Was konnte man damit wollen? Einen Zusammenhang mit der Regierungssphäre entdecken? Man würde damit doch keine Verantwortlichkeit feststellen. Eine freiere Diskussion der Fragen, welche dieselben dem Einfluß der Diskussion unterstellt, muß auch dem Standpunkte der Regierung gestattet sein, und auf die Personen, welche die Erörterung führen, kann es dabei nicht ankommen. Oder wollte man, wenn man jenen Zusammenhang nicht finden konnte, die „Politischen Briefe“ nicht weiter beachten? Das steht schon jetzt jedermann frei. Höchst befremdlich ist es aber, daß man Ausführungen, die nur durch das Gewicht ihrer Gründe wirken können und wollen, dieses Gewicht gleichzeitig einräumt und gleichzeitig zerstören will, sei es durch Übertreibung, sei es durch Herabsetzung der Bedeutung ihres Ursprungs. Noch einige Steinwürfe, und man kann diese Stimme zum Schweigen bringen. Es wird dann eine nicht ganz geringe Bestätigung der Erfahrung vorliegen, welche zuerst so auffallend in der sogenannten neuen Ära gemacht wurde, daß die Anhänger der Regierung nichts Vergeblicheres thun können, als den Weg sachlicher Diskussion beschreiten. Auf dem Felde der Presse, so scheint es, muß man den Revolver bei sich tragen. Wer ihn nicht führen mag, hat die Wahl zwischen der Dachstube des Philosophen oder der erhabenen Stellung der Befehlenden, wenn er nicht einfach Amboss sein muß.

Daß die „Politischen Briefe“ einen Versuch noch einige Zeit wagen wollen, dessen Gelingen die geringste Wahrscheinlichkeit für sich hat, dazu trägt etwas die Erinnerung an eines jener orientalischen Märchen bei, die mit so überschwenglicher Phantasie und mit so ergreifendem Ernst die geistige Macht der Welt in plötzlichen Wirkungen vorstellen. Das Märchen ist folgendes:

*) Durch ein Mißverständnis ist im 6. Hefte bei dem Aufsatz: „Die Inkonsequenz des Fürsten Bismarck“ die Überschrift: „Politische Briefe. 1.“ weggelassen worden. — Wir benutzen diese Gelegenheit, um nochmals aufs bestimmteste zu erklären, daß der Verfasser der „Politischen Briefe“ in den Grenzboten nur diese Briefe schreibt. D. Red.

In einem Heere, das siegreich in Feindesland vordringt, bricht wilder Hader aus. Die Stimme des Feldherrn und der Führer unter ihm kann die Wut nicht stillen, des Feindes Rundschafter aber frohlocken und eilen, die Entmutigten zu sammeln. Zwei Alte haben dem bitteren Streit im eigenen Lager zugeschaut und sich dann abgewendet, um über die Ursache zu sprechen. Das Waffengeklirr erdrückt beinahe ihre Worte, aber nach einer Weile wird es umgekehrt. Ein mächtigeres Geräusch dringt, nach und nach anschwellend, aus den Lüften und durchklingt das Kampfgetöse, allvernehmlich schallen die Stimmen der Greise. Die Waffen sinken, die Streitenden lauschen starr und gebannt, die Staubwolke, welche der Kampf aufwirbeln ließ, hebt sich zu den Wolken, hinter denen der klare Himmel erscheint. Auf den fernen Höhen erblickt man bereits die sich sammelnden Schaaren der Feinde. Das Heer erkennt seine Führer und zieht geeinigt zum Streite.

Wie jetzt gemeldet wird, soll der Reichstag auf den 27. April berufen werden. Die Hauptvorlage wird die Einführung des Tabaksmonopols bilden, jener Einnahmequelle, die Fürst Bismarck einmal als sein letztes Ideal bezeichnete. Fast die ganze Presse ist einig über die Unbegreiflichkeit dieses Schrittes, nachdem sich alle Parteien für die Verwerfung ausgesprochen haben. Es scheint also, daß wir einmal das in Deutschland so seltene Schauspiel der Einigkeit aller Parteien erleben werden. Bisher glaubte man, diese Einigkeit könne sich nur einstellen bei einer Maßregel, deren allseitige Vortrefflichkeit das patriotische Gewissen, dessen latente Gegenwart man überall voraussetzt, überall wachrufen müsse. Ob die Gegner des Tabaksmonopols sich wohl einer Einigkeit aus solchem Grunde rühmen? Man ist einig nicht über die Einführung, sondern über die Bekämpfung einer Maßregel. In der Verneinung finden sich die entgegengesetztesten Geister leicht zusammen, wenn sie den Mut haben, über den Gegensatz der Motive hinwegzusehen. Einige Äußerungen der Presse einer Partei, welche bisher beanspruchte, das Erbe der Vorkämpfer der deutschen Einheit zu bewahren, legen für diesen Mut ein merkwürdiges Zeugnis ab. Wir halten für unbestritten, daß die nationalliberale Partei und die lange zu ihr gehörige sezeßionistische noch immer das Recht auf das geistige Erbe derjenigen Generationen geltend machen, welche für die deutsche Einheit gekämpft und geduldet, aber auch eine Zeit lang ihre Ehren getragen haben. In der „Tribüne,“ dem Hauptorgan der sezeßionistischen Partei finden wir am 1. April folgende Sätze: „Man erinnert jetzt an eine Äußerung von Karl Mathy, der schon vor fünfzehn Jahren sich für das Monopol erklärt, weil es der wirksamste Kitt der Einheit sei. Die Gründe, die ihn bestimmten, werden das Centrum abschrecken. Der Kampf wird recht heiß werden, aber wir — die Nationalgesinnten, die Erben der Einheitskämpfer! — hoffen, ihn siegreich zu bestehen.“ Am 5. April schreibt dasselbe Blatt: „Wenn wir einmal durch rohe Gewalt gezwungen werden sollten, ein Loblied auf das Tabaksmonopol zu singen, dann würden wir uns das Thema

so wählen, daß das Tabaksmonopol eine starke Klammer ist, welche die deutschen Staaten zusammenhält." Bedarf es der rohen Gewalt, um ein friedliches Förderungsmittel der deutschen Einheit zuzulassen?

Der „Hannoversche Courier,“ das jetzige Hauptorgan der nationalliberalen Partei, schreibt am 3. April: „Von dem süddeutschen Ultramontanismus, bei dem die partikularistische Abneigung gegen jede Stärkung der Reichsgewalt eine hervorragende Charaktereigenschaft bildet, wird man nun und nimmer annehmen können, daß er einer Maßregel zustimme, die einen ganz eminenten Machtzuwachs der Zentralgewalt in sich schließen würde. Sollte wirklich ein Teil der Ultramontanen sich bewegen lassen, die Bedenken gegen das Monopol aufzugeben, so würde ganz gewiß ein anderer schon aus föderativen Gesichtspunkten Widerspruch einlegen.“ Das also ist die Hoffnung des „Hannoverschen Courier,“ die Hoffnung der nationalliberalen Parteileitung! Aber es ist das noch nicht die stärkste Leistung der Parteipresse. Die „Nationalliberale Korrespondenz,“ das andre Hauptorgan der Partei, glaubt die Entdeckung gemacht zu haben, daß die Einführung des Tabaksmonopols eine Verfassungsänderung in sich schließen und darum als abgelehnt gelten müsse, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich habe. Dieser äußersten Verwirrung zu den Sophistereien des Partikularismus gegenüber hat allerdings Herr Lasker sich auf die Ehre der Partei besonnen, und die „Nationalzeitung“ hat sich beeilt, ihm zuzustimmen, während sie drei Tage vorher die Widerlegung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ veräußert hatte.

Es ist die Frage aufzuwerfen, wie die Erben und Vertreter der nationalen Parteitradition zu dem Widerwillen gegen eine reichsbefestigende Maßregel kommen, der so heftig ist, daß die Einheitskämpfer mit Freuden berechnen, wie sicher die Maßregel von den Einheitsfeinden bekämpft werden müsse.

Die Antwort kann nur folgende sein. Nicht dem Tabaksmonopol an sich gilt der Widerstand, sondern der Eröffnung einer Einnahmequelle, durch die man fürchtet, die Unabhängigkeit der Reichsregierung vom Parlament herbeigeführt zu sehen. Man will nur Geld bewilligen für nachgewiesene Bedürfnisse und nur bis zu dem Umfang des Bedürfnisses, man will um keinen Preis der Regierung eine in ihrem Wachstum vom Parlament unabhängige Einnahmequelle zur Verfügung stellen. Man hält diese Zurückhaltung für Pflicht im Interesse des Parlamentarismus und der Freiheit.

Hier baut sich ein Nest von schweren und schädlichen Irrtümern zusammen. Man glaubt, großen und unerwarteten Geldforderungen, wie sie dem Reich so sicher bevorstehen, als es einerseits von Gefahren umgeben ist, andererseits gerade bei seinem Gedeihen von wachsenden Kulturbedürfnissen begleitet sein wird, solchen Geldforderungen glaubt man, nachdem das Parlament sie erkannt hat, jeder Zeit durch Bewilligungen ad hoc begegnen zu können. Derselbe Irrtum ist das Verderben des alten Reiches gewesen. Man kann die Bedürfnisse eines großen

Gemeinwesens nimmermehr durch regellos wiederholte Griffe in den Beutel der Bürger ernstlich sicherstellen. Bei einer solchen Fundirung der Finanzen lösen sich die bestangelegten Gemeinwesen auf. Ein dauerhaftes Gemeinwesen bedarf vielmehr regelmäßiger Geldquellen; diese kann man aber nicht an jedem beliebigen Tage in beliebiger Ergiebigkeit eröffnen, sondern zu ihrer Spendung muß vielmehr die Nationalwirtschaft langsam und stetig erzogen werden. Legt der Staat die Hand auf eine ergiebige Industrie, so muß er doch erst lernen, mit seiner Hand dieselbe zu behandeln, so muß die Privatthätigkeit lernen, die ihr verbleibenden Gebiete sorgfältiger auszubeuten, und auch neue fruchtbare Thätigkeitsgebiete ausfindig machen. Dasselbe gilt aber von jeder ergiebigen Einnahmequelle, mag sie auch aus Steuern und nicht aus Staatsbetrieben bestehen. Auch eine hohe Steuer wirkt nicht vom ersten Tage an ergiebig. Die Steuertechnik einerseits, die Privatwirtschaft andererseits lernen erst nach und nach sich mit der neuen Aufgabe abfinden. Gewiß, das sind keine neuen Wahrheiten. Ist es aber überflüssig, daran zu erinnern, gegenüber so kindischen Ansprüchen wie dem, daß man immer nur Geld bewilligen wolle nach Maßgabe des einzelnen nachgewiesenen Bedürfnisses, hier eine Hand voll, da eine Hand voll? Auf diese Weise wird man nie eine wirtschaftlich starke, leistungsfähige Gesellschaft bekommen, die imstande ist, die Trägerin einer politischen Macht zu sein, welche den unaufhörlichen kolossalen Anforderungen an die europäische Zentralmacht genügen soll.

Ein schwerer Irrtum ist es auch, das Ansehen und die Macht des deutschen Parlaments auf die gemeine, angeblich in andern Ländern gemachte Erfahrung erbauen zu wollen: das Parlament müsse die Hand auf dem Beutel haben. Nein, nicht die Hand auf dem Beutel, sondern Mut im Herzen und Genie im Kopfe muß man haben, um ein zur schwersten Aufgabe berufenes Volk zu leiten. Die großen englischen Commoners haben Englands Größe nicht dadurch begründet, daß sie die Hand auf dem Beutel hatten, sondern dadurch, daß sie kolossale Mittel, oft mit Verschwendung, regelmäßig für die Zwecke der Nationalwohlthat flüssig zu machen und in Bewegung zu setzen wußten. Beweis: die englische Nationalschuld, die englischen Steuern und die englische Budgetdisposition. Glaubt man aber, eine künftige Reichsregierung könnte imstande sein, gestützt auf ihre Einnahmen, das Ausgabebewilligungsrecht des Parlamentes zu verletzen und unter Mißachtung der sittlichen Bedürfnisse des Volksgestes zu regieren, so verkennt man, daß eine deutsche Regierung fortan keinen Tag in Europa stehen kann, ohne sich auf den begeisterten Willen der Nation zu stützen. Wenn das Ausland nicht die Wunschelrute, diesen Willen in Aktion zu setzen, in der Hand des Fürsten Bismarck wüßte, so würde es dem deutschen Reiche nicht die Stellung einräumen, deren sich die deutsche Staatsleitung fast zu erwehren hat.

Wir erleben den merkwürdigen Moment, wo die scheinbar unverföhnlichen Antagonisten, der Enthusiasmus für das deutsche Parlament und der Parti-

lularismus, ihren Berührungspunkt und ihr gemeinsames Interesse gefunden haben: die Abhängigkeit und Schwäche der exekutiven Zentralgewalt. Die Anhänger der Parlamentsherrlichkeit sind freilich nur darum gegen die Stärkung der zentralen Exekutive, weil es noch nicht gelungen ist, dieselbe mit dem Parlament zu verschmelzen, weil diese so eigentümlich bedingte, dem englischen Staat allein angehörige und schon dort nicht mehr gesicherte Verfassungsbildung auf Deutschland nicht übertragen worden ist, was in keines Menschen Macht stand. So lebt denn der Wille, die zentrale Exekutive zu befestigen, das heißt die Einheit zu sichern, augenblicklich nur im Haupte des Kanzlers, der mit diesem Willen allen Parteien gegenüber steht. Dies macht den Moment zu einem hochbedeutenden. Die Frage ist gestellt, ob die für alle positiven Werke zerrissene, aber in einer ihrer Existenzen schädlichen Verneinung augenblicklich einige Nation stärker sein wird als der Kanzler, der sein Leben an die Existenz der Nation gesetzt hat und dessen Niederlage die Niederlage der Nation sein wird. Denn was der Kanzler für die Einheit nicht durchsetzt, das wird in unabsehbarer Zeit kein anderer durchsetzen. Es wird ein wunderbares Schauspiel sein, Herrn von Bennigsen und Herrn Windthorst, Herrn Bamberger und Herrn Stöcker Arm in Arm vorgehen zu sehen gegen das Tabaksmonopol.

Das Centrum ist voll Siegesgewißheit. Es hat soeben im Abgeordnetenhaus einen Kompromiß mit den Konservativen, durch welchen wesentliche Punkte der Maigesetzgebung beseitigt werden, abgeschlossen und zur Annahme gebracht, ohne sich zu irgend einer Gegenleistung zu verpflichten. Triumphierend ruft die „Germania“ aus: „Wir wissen, daß die Regierung diesem Gesetz und den Nachkommen, welche es haben wird, zustimmen muß. Wann sie es thut, ist mehr ihre als unsre Sache.“ Gleichzeitig erklärt das Blatt, daß die Stimmen des Centrum für das Monopol nicht zu haben seien. Der Kulturkampf entsprang bekanntlich, weil der Ultramontanismus als politische Partei in dem eben entstandenen, schwach befestigten Reiche das Haupt mächtig erhob. Ein gefestigtes Reich könnte der katholischen Kirche eine große und freie Stellung gewähren und damit freilich auch der ultramontan-partikularistischen Partei die stärkste Burg einräumen. Heute sind wir bereits so weit, daß der Ultramontanismus beides fordert: die Schwäche des Reiches und die Souveränität der römischen Kirche im Reiche. Für das erste rechnet er auf den Beistand des Liberalismus, für das zweite auf die Not der Reichsregierung. Wir wollen sehen, ob Fürst Bismarck diese Hoffnung wahr macht. Er steht wieder vor einem der großen Momente seines an scheinbar unübersteiglichen Schwierigkeiten und an überraschenden Erfolgen so reichen Wirkens.

Gleichwie der Liberalismus das parlamentarische, so verhüllt auch das Centrum kluger Weise das partikularistische Motiv seiner Bekämpfung des Tabaksmonopols unter technischen Bedenken. Diese Bedenken, die man in den verschiedensten Parteien zusammensucht, sind so voll Selbstwiderspruch, daß man sie nur bei einzelnen Koryphäen und Interessenten für wirksam, bei allen Parteien aber als unter der Intelligenz der Weissten erachten muß. Vielleicht — vielleicht auch nicht — lohnt es, vor der Entscheidung noch einmal auf diese Bedenken einzugehen.

